

DIE KOMMUNALE

Das Magazin für Kommunalpolitik



HEIMAT GESTALTEN – DAMIT ZUKUNFT EIN ZUHAUSE HAT SGK-Fachkongress & Gala 50 Jahre SGK NRW

Seite 3

Haltung zeigen und
HEIMAT GESTALTEN.

Seite 6

Digitalisierung braucht
Unterstützung

Seite 20

Das neue SGK-Programm
STARK 2025



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

geht's noch? Diese Frage stellen sich dieser Tage sicher manche Kämmerin und Kämmerer – unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Auf der Seite des Kommunalministeriums verkündet die Ministerin stolz bei den Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz den Rekordwert von 15 Milliarden Euro. So weit, so schön, möchte man meinen - auch wenn dieser Wert nichts über die Qualität der Arbeit der Landesregierung aussagt. Schließlich errechnen sich die Zuweisungen nach der Höhe der Steuereinnahmen und die waren im Referenzzeitraum (noch) gut. Auch ist keine Dankbarkeit angebracht, denn die jetzt vorgestellten GFG-Eckpunkte sind nicht etwa den Spendierhosen der Ministerin zu verdanken, sondern der Gesetzeslage!

Den Vogel schießt die Ministerin jedoch mit der Aussage ab, dass sie den Kommunen und der Kommunalpolitik empfehle, etwaige höhere Zuweisungen auf die Seite zu legen und damit Vorsorge zu treffen. Offensichtlich kennt die Ministerin nicht die Not, die derzeit in den Stadtsäckeln herrscht. Die explodierenden Kosten in allen Bereichen zwingen nahezu alle NRW-Kommunen in die Knie! Und die zuständige Ministerin empfiehlt ernsthaft, nicht vorhandene Polster auf die hohe Kante zu legen? Das ist angesichts der Lage und der Untätigkeit dieser Landesregierung zynisch! Alle Versprechen der Ministerin, ob Altschulden oder andere Entlastungen für Kommunen, sind Luftschlösser. Eine strukturelle Entlastung der Kommunen z.B. durch eine Erhöhung des Verbundsatzes, wie sie die SPD in ihrem Wahlprogramm gefordert hat, steht offenbar nicht zur Debatte. Sollte die schwarz-grüne Programmatik an dieser Stelle nicht ausreichend sein, helfen wir gerne mit konkreten Vorschlägen aus.

Euer Maik Luhmann
Geschäftsführer der SGK NRW

DIE KOMMUNALE

INHALT

HEIMAT GESTALTEN

3 Haltung zeigen und Heimat gestalten!

4 Kommunale Zeitenwende

DIGITALISIERUNG

6 Digitalisierung braucht Unterstützung

Kein Gesamtkonzept und keine Unterstützung – wie Kommunen bei der Digitalisierung allein gelassen werden

SICHERHEIT

8 Sicherheit und Ordnung schaffen Lebensqualität

Für gutes Zusammenleben vor Ort

NACHHALTIGKEIT

10 Zeit, dass sich was dreht!

Utopie 2047: Was haben wir in den vergangenen 25 Jahren geschafft?

KOMMUNIKATION

12 Städtische Krisenkommunikation gewinnt an Bedeutung

NAHMOBILITÄT

14 Nahmobilität als zentraler Baustein für die Verkehrswende

KREISLAUFWIRTSCHAFT

16 Die Zukunft der Wirtschaft ist zirkulär

Warum die Zukunft der Wirtschaft zirkulär ist- oder: Das Circular Valley® ist eine Chance für unser Land

BUCHTIPPS

18 Kurz vorgestellt

Lesestoff für die kommunalpolitische Arbeit

ARBEITSPROGRAMM

20 Der Grundstein für das Programm STARK 2025 ist gelegt!

KLAUSURTAGUNG

21 Der Start ist gemacht!

Klausurtagung des
SGK-Landesvorstandes in Krefeld

SGK-RECHT

23 Sozialversicherungspflicht der kommunalen Aufwandsentschädigung in NRW

HALTUNG ZEIGEN UND HEIMAT GESTALTEN!



Unsere Welt befindet sich im Umbruch. Auch wir als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stehen vor den größten Herausforderungen seit Jahrzehnten! Kriegsfolgen, Energie- und Versorgungsunsicherheit, Hitze- und Dürreperioden, allgemein der Klimawandel und seine Folgen, Probleme bei den kommunalen Finanzen oder bei der öffentlichen Infrastruktur. Alles macht sich auch vor Ort bemerkbar. Und die bange Frage lautet: Wie sollen wir das bewältigen?

Wir müssen gute Kommunalpolitik machen – mit Haltung und Gestaltungswillen. Basierend auf sozialdemokratischen Werten setzen wir uns für ein gutes Miteinander in den Kommunen ein. Wir kämpfen für sozialen Zusammenhalt und gute Lebensqualität. Wir sorgen für gute Infrastruktur und Entwicklungsperspektiven.

Kurz: Es liegt nicht allein an Scholz, Habeck, Lindner und meinetwegen Wüst, ob wir optimistisch in die Zukunft schauen und mutig die vor uns liegenden Aufgaben angehen. Nein! Es liegt vor allem an uns! An den Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die vor Ort Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen. Das müssen wir selbstbewusst nach außen tragen. Und auch, wenn es schwer fällt: Wir dürfen uns nicht bange machen lassen vom täglichen „Weltuntergang“.

Deswegen nehmen wir auch nicht alle Entscheidungen der übergeordneten politischen Ebenen unkritisch hin. Beispiel Gasumlage: Ja, einem großen Gasversorgungsunternehmen wie Uniper muss in der aktuellen Situation geholfen werden. Würde man das nicht tun, wäre die Versorgungssicherheit gefährdet und in der Folge würde eine Vielzahl von kommunalen Stadtwerken in finanzielle Schieflage geraten. Allerdings: Die Gasumlage ist ein Fehler! Damit wird vor allem die Mittelschicht in unserem Land belastet. Um das abzufedern, werden jetzt Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Mal ehrlich: Geht es denn noch komplizierter?

In meinen Augen sind die kommunalen Stadtwerke bzw. Versorgungsunternehmen mindestens ebenso systemrelevant wie es seinerzeit die Banken waren. Peer Steinbrück hat damals nicht gezögert, die Banken mit staatlichem Geld zu unterstützen. Klar, auch die staatliche Hilfe würde letztlich aus Steuermitteln finanziert. Und doch wäre es gerechter, weil zum Beispiel die großen Ein-

kommen mehr Steuern zahlen als kleinere. Zudem erwarte ich, dass diese Unternehmen – wie damals Banken oder kürzlich die Lufthansa – die Hilfen auch wieder zurückzahlen, wenn sich der Markt erholt. Und völlig klar ist auch: Es braucht einen Schutzschirm für kommunale Stadtwerke zur Sicherung ihrer Handlungsfähigkeit in dieser Krise.

Die Situation auf der Landesebene ist weit aus prekärer. Hier wird gar nicht erst gehandelt. Der Ministerpräsident schiebt jegliche Verantwortung in Richtung Berlin. Fast könnte man den Eindruck bekommen, dass das Landeskabinett noch in den Ferien weilt.



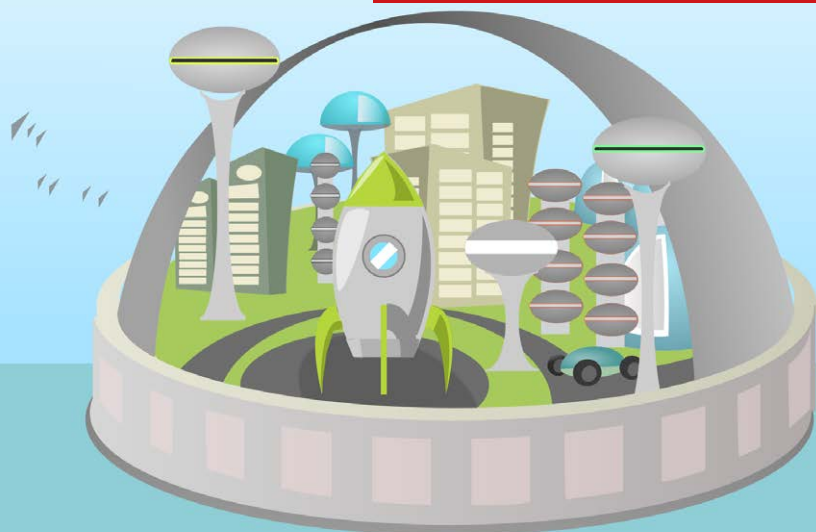
Frank Meyer

Landesvorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Krefeld

„Wir können uns nicht in die Büsche schlagen, wenn es unangenehm wird.“

Und hier liegt der wesentliche Unterschied zur Kommunalpolitik: Wir können uns nicht in die Büsche schlagen, wenn es unangenehm wird. Wir tragen unsere Verantwortung sehr unmittelbar. Deshalb widmen wir unseren Kongress und die Gala zum 50-jährigen Bestehen der SGK NRW dem Selbstbewusstsein und dem Gestaltungswillen der Kommunalpolitik. Ich wünsche viel Spaß bei spannenden Gesprächen und einem tollen Programm!

KOMMUNALE ZEITENWENDE



Im Gespräch mit
Raphael Thelen –
Journalist, Autor,
Speaker

FÜR IHR BUCH „ZWEI AM PULS DER ERDE“ HABEN SIE WELTWEIT SCHAUPLÄTZE DER KLIMAKRISE BESUCHT. IM RAHMEN UNSERES KONGRESSES SCHAUEN WIR AUF DIE GESTALTUNGSSPIELRÄUME DER KOMMUNEN. WAS KANN AUS IHRER SICHT DORT VERÄNDERT WERDEN, DAMIT DIE KLIMAWENDE GELINGT?



Raphael Thelen

Journalist, Autor
und Speaker

Ich möchte auf meine Erfahrungen als Reporter zurückgreifen. 2016 war ich viel in Sachsen unterwegs und habe über den Aufstieg der Neuen Rechten dort berichtet und unter anderem den parteilosen Bürgermeister von Coswig, Frank Neupold, kennengelernt.

Die Kreisstadt liegt bei Dresden. Als 2015 Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan dort ankamen, waren die Ängste in der Bevölkerung groß. Rechte Politiker versuchten das auszunutzen, organisierten Demos und machten Stimmung. Viele fürchteten eine Eskalation wie andernorts in Sachsen.

Doch die Strategie der Rechten zündete nicht, die Stadt blieb friedlich und integrierte die Neuankömmlinge.

Woran das lag?

Bürgermeister Neupold setzte sich früh mit lokalen Initiativen und der Stadtbevölkerung zusammen, um zu fragen, was sie jetzt brauchen, und gemeinsam bewältigten sie das Problem. Sie organisierten Demos gegen die Rechten, gaben jeder geflüchteten Familie einen Buddy an die Hand und stärkten lokale Gruppen. Neupolds Credo war: „Die Lokalpolitik ist dazu da, damit das Leben in der Stadt Spaß macht.“

Er war pragmatisch, ging das Problem an, und letztlich waren die Neuankommenden eine Bereicherung für den Ort und ich glaube, so kann es auch für die Klimawende gelingen: Offen kommunizieren, dass die Klimakrise eine riesige Bedrohung ist, die Bürger mit den Informationen versorgen, die sie brauchen, um zu guten

Entscheidungen zu kommen, und dann gemeinsam die neuen Ideen umsetzen.

Gerade weil die Klimakrise so umfassend ist, ist sie auch die Chance, große Veränderungen herbeizuführen, die die Krise nicht nur lösen, sondern das Leben auch schöner machen, also zum Beispiel mehr Begrünung, mehr autofreie Innenstädte, günstigeren Strom durch Erneuerbare Energien.

DIE WELTWEITEN HERAUSFORDERUNGEN GEHEN DERZEIT DAMIT EINHER, DASS EXTREMISTISCHE PARTEIEN VERSUCHEN, DIE ANGST DER MENSCHEN AUSZUNUTZEN. WIE KANN AUS IHRER SICHT DEMOKRATIE GESTÄRKT WERDEN, DAMIT SIE WIDERSTANDSFÄHIGER WIRD UND IM IDEALFALL MEHR MENSCHEN BEGEISTERT?

Eine Freundin erzählte mir mal, dass ihre Mutter tief im rechten Verschwörungssumpf versunken sei, so tief, dass sie glaubte im Keller des örtlichen Supermarkts würden Menschenversuche durchgeführt. Wie kommen ganz vernünftige Menschen dazu, so einen Quatsch zu glauben?

Es hat viel damit zu tun, ob sie das Gefühl haben, Einfluss auf politische Entscheidungen, also letztlich die Gestaltung ihres Lebensumfelds zu haben. Kommunen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Für jeden von uns ist es ein Bedürfnis Selbstwirksamkeit zu spüren, in der Familie, im Beruf und politisch. Ist das gegeben, dann steigt die eigene Zufriedenheit, unbegründete Ängste werden abgebaut und die rechten Hetzer haben weniger Chancen in der Bevölkerung mit populistischen Parolen Stimmung zu machen.

Demokratische Politiker hingegen gewinnen an Legitimation für ihre Programme und können den benötigten Wandel vor Ort umsetzen.

WIE ERKENNT UNSERE GESELLSCHAFT ANGESICHTS DER GEGENWÄRTIG MASSIVEN VERÄNDERUNGSPROZESSE DIE CHANCEN DIESER ENTWICKLUNGEN? WIE KÖNNEN WIR KONKRETE MASSNAHMEN ZUR ZUKUNFTSGESTALTUNG ENTWICKELN?

Die Psychologie unterscheidet Menschen grob in zwei Gruppen. Eine sei vor allem darauf bedacht, Schaden abzuwenden. Ihr gehören all jene an, die lieber einmal zu viel gucken, ob die Haustüre abgeschlossen ist, die immer einen Plan B haben und der Zukunft eher skeptisch gegenüberstehen - Leute, von denen man, wenn man sagt: „Hey, wird schon alles gut werden!“ ein Stirnrunzeln bekommt.

Die andere Gruppe ist das Gegenteil: Optimistisch - ein bisschen chaotisch, dafür aber kreativ und Neuem gegenüber aufgeschlossen. Das sind die, die gelangweilt sind vom Kleinklein des Alltags, aber begeistert von allem, was die Zukunft so bringen könnte und sich mit all ihrer Energie auf etwas stürzen, sobald sie Feuer gefangen haben.

Wollen wir unsere Gesellschaft dazu bringen, den Wandel anzugehen, müssen wir beide Gruppen ansprechen. Wobei ich das Gefühl habe, dass der Karren im Dreck steckt, das wissen viele mittlerweile. Was es jetzt also braucht, sind inspirierende Ideen für die Zukunft und die gute Nachricht ist: Das Wissen und die Technologien, um die Herausforderungen zu bewältigen, stehen bereit. Jetzt können wir uns auf den Weg machen, und uns die bessere Zukunft holen.

Raphael Thelen

ist preisgekrönter Journalist, Autor und Mitbegründer des Netzwerk Klimajournalismus Deutschland. Für seine Reportagen und Bücher bereist er die ganze Welt. Als Reporter nennt er die Probleme beim Namen. Ab 2011 berichtete er über die Aufstände in der arabischen Welt, den Krieg in Afghanistan und den Aufstieg der neuen Rechten in Ostdeutschland.



Seit mehreren Jahren liegt sein Fokus auf der Klimakrise. 2021 erschien zusammen mit Theresa Leisgang sein zweites Buch: „Zwei am Puls der Erde – Eine Reise zu den Schauplätzen der Klimakrise und warum es trotz allem Hoffnung gibt“.

ISBN: 978-3-442-31596-3

ANZEIGE

Trianel Klimaneutrale Stadt Gemeinsam für die Energie- welt von morgen.



Verantwortung übernehmen und aktiv zum Klimaschutz beitragen fängt im Kleinen in den eigenen vier Wänden an und reicht bis zu den zentralen Handlungsfeldern von Stadtwerken und Energieversorgern. Für das Gelingen der kommunalen Klimawende sind Stadtwerke – im Zusammenspiel mit Politik und öffentlicher Hand – die entscheidende Kraft. Hinterlassen Sie Ihren unverkennbaren Fingerabdruck zur Klimaneutralität – mit uns **GEMEINSAM**.

In 5 Schritten zur kommunalen Klimawende

Führen Sie Ihre Stadt in eine klimaneutrale Zukunft. GEMEINSAM mit Ihnen planen wir diese sorgfältig und entsprechend Ihren individuellen Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen unter:
www.trianel.com/klimaneutrale-stadt



DIGITALISIERUNG BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

KEIN GESAMTKONZEPT UND KEINE UNTERSTÜTZUNG –
WIE KOMMUNEN BEI DER DIGITALISIERUNG ALLEIN GELASSEN WERDEN



**Rajko
Kravanja**

Bürgermeister der
Stadt Castrop-Rauxel

Vielen Kommunen fehlen eigene Ressourcen, um Digitalisierungsprojekte in den Verwaltungen umzusetzen. Vor allem fehlt eigenes kompetentes Personal und eine kompetente Beratung sowie die externe staatliche Unterstützung in den Digitalisierungsprojekten. Das ist kein Wunder, denn die meisten kommunalen Haushalte geben mehr als die Umsetzung der Pflichtaufgaben nicht mehr her. Weiter gibt es in den Augen der meisten Kommunen nur wenige OZG (Onlinezugangsgesetz)-Prozesse, sodass die Notwendigkeit einer schnelleren Umsetzung bisher nicht gegeben war.

OZG-Dienste werden zwar zentral nach dem „Efa-Prinzip“ (Einer-für-Alle) entwickelt und betrieben, aber der Anschluss an die vorhandenen kommunalen Verwaltungsprozesse ist für die Kommunen kompliziert und aufwendig. Insbesondere kleine und mittlere Kommunen können das nur mit externer Unterstützung leisten und auch große Kommunen tun sich oft schwer, weil neue Technologien und Anwendungen eingeführt werden müssen und hierfür das Knowhow, Personal und die zusätzlichen Mittel fehlen.

Hinzu kommt, dass die OZG-Anträge nicht nahtlos an die kommunalen Fachverfahren anschließen und auch verwaltungsintern nicht elektronisch weiterbearbeitet werden können. Zur Kommunikation mit den Antragstellenden müssen nicht selten die etablierten (analogen) Kanäle genutzt werden und auch die Zusendung des Bescheides scheitert vielfach an der Verfügbarkeit sicherer Kommunikationsdienste für OZG-Dienste. All das führt zu viel Mehrarbeit und mangelnder Akzeptanz in den Fachbereichen der Verwaltungen. Das OZG muss unbedingt in die Verwaltungen

„verlängert“ werden. Ein echter Fortschritt für Kommunen ist nur dann erreichbar, wenn Verwaltungsprozesse durchgängig digitalisiert werden.

DIGITALISIERUNG IST NICHT NUR TECHNIK

Bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten ist es nicht allein mit der Einführung von (neuer) Technik getan. Nachhaltige Er-

**„Die Digitalisierung jeder
Kommune ist nur dann
erfolgreich, wenn sie aus der
eigenen Organisation heraus
vorangetrieben wird.“**

folge können nur in Verbindung mit organisatorisch-technischen Veränderungsprozessen fachbereichsübergreifend erreicht werden. Es geht darum, intern Ansprechpersonen festzulegen, Prozesse anzupassen, Mitarbeitende einzuweisen und, zur externen Anbindung an die eigenen Ver-

Fotos: Stadt Castrop-Rauxel | Gerd Altmann - Pixabay |

waltungsprozesse, die Dienste in die kommunale Infrastruktur zu integrieren, sie in die Verwaltungssuchmaschine einzutragen sowie Zertifikate für den sicheren Datentransport zu beschaffen etc. Zudem muss das, wenn überhaupt vorhandene, Dokumentenmanagementsystem nicht nur als Dateiablage, sondern als Prozesssystem begriffen und angewendet werden.

Die Digitalisierung jeder Kommune ist nur dann erfolgreich, wenn sie aus der eigenen Organisation heraus vorangetrieben wird. Wenn die Führungskräfte sie unterstützen und sich die Mitarbeitenden engagiert einbringen. Kommunen sind sehr unterschiedlich aufgestellt, um diese Veränderungsprozesse zu steuern – mit CDO, CIO, Organisationsämtern o.ä. Hier besteht noch ein erheblicher Bedarf, die Digitalisierungskompetenzen in den Fachbereichen konkret zu stärken. Der Fokus auf die interne Organisationsentwicklung darf nicht dazu führen, dass digitalisierte Inseln entstehen und das Rad immer wieder und überall neu erfunden wird.

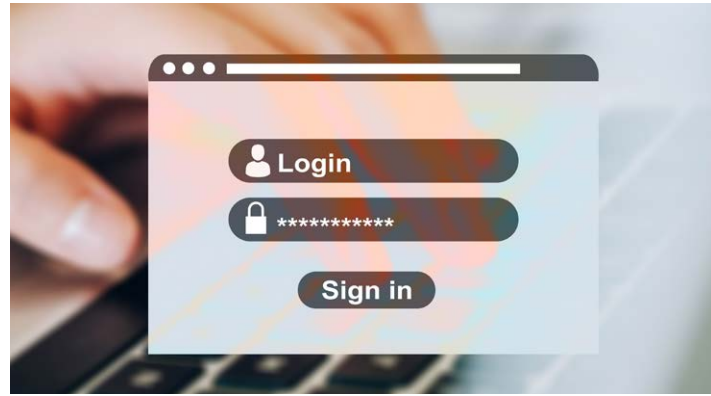
UNABHÄNGIGE, STRATEGISCHE BERATUNG ERFORDERLICH

Alleine schon deshalb ist in kommunalen Digitalisierungsprojekten eine unabhängige, strategische Beratung mit innovativen Impulsen notwendig, die gewährleistet, dass einerseits die Bedarfe und Anforderungen der Kommunen bestmöglich erfüllt werden, und andererseits die im Verwaltungsverbund definierten Standards eingehalten werden. Dies sichert die Kompatibilität der lokal eingesetzten technischen Systeme im Verbund. Dafür sind kommunale IT-Dienstleister die richtigen Partner. Die Beratung muss durch eine kommunale staatliche Ebene gewährleistet werden, denn hier kommt es auf Spezialwissen der kommunalen Infrastruktur an und es existiert ein Verständnis für die Kommunalverwaltung.

Doch wie kommt nun Geschwindigkeit in die OZG-Umsetzung? Bisher wurde die Digitalisierung der Kommunen durch zentral gesteuerte Maßnahmen zur Umsetzung des OZG und durch ein Förderprogramm für digitale Modellregionen unterstützt.

In den digitalen Modellregionen gab es zwei Förderschwerpunkte: Smart Cities und eGovernment, wobei der Großteil der Fördermittel in die Smart City Projekte floss.

Ein neuer Ansatz für ein Förderprogramm ist es nun, den Fokus auf die ganzheitliche Digitalisierung von kompletten Verwaltungsprozessen in zentralen Aufgabenfeldern der öffentlichen Verwaltung zu legen. Dabei sollen Ämter und Fachbereiche im Fokus ste-



„Kommunale IT-Dienstleister sind und müssen verlässliche Partner im Betrieb kommunaler Fachanwendungen und elektronischer Arbeitsplätze bleiben.“

hen und deren Digitalisierungskompetenz in Zusammenarbeit mit kommunalen IT-Dienstleistern gestärkt werden.

Kommunale IT-Dienstleister sind und müssen verlässliche Partner im Betrieb kommunaler Fachanwendungen und elektronischer Arbeitsplätze bleiben. Sie sind bisher nur bedingt aufgestellt, „ihre“ Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung zu unterstützen. Dabei ist ihr großer Vorteil: Sie kennen die Kommunalverwaltung, ihre Strukturen und Aufgaben, sie sprechen die Sprache der Kommunen. Es muss nicht erklärt werden, was eine Kommunalverwaltung ist. Aber auch kommunalen IT-Dienstleistern fehlen die nötigen Personen und Qualifikationen, um Kommunen in Digitalisierungsprojekten umfassend zu unterstützen. Hier ist vor allem jetzt das Land gefordert.



SICHERHEIT UND ORDNUNG SCHAFFEN LEBENSQUALITÄT

FÜR GUTES ZUSAMMENLEBEN VOR ORT



Sicherheit und Ordnung sind elementare Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen. Sie sind Grundvoraussetzungen für unser Zusammenleben – für all das, was unsere Städte und Gemeinden lebenswert macht!



**Sebastian
Kopietz**

Stadtdirektor und Beigeordneter für Personal, Digitalisierung, Recht und Ordnung, StadtBochum

In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben Krisen unseren Alltag allzu oft bestimmt. Die Corona-Pandemie, Hochwasser, Stürme und Trockenheit als Folgen des Klimawandels und zuletzt der Angriffskrieg in der Ukraine mit Auswirkungen auf viele Lebensbereiche. Diese Entwicklung wird absehbar anhalten und stellt die Kommunen vor völlig neue Aufgaben, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort jeden Tag aufs Neue zu gewährleisten.

Einerseits steigen Jahr für Jahr Fallzahlen: Etwa bei Feuerwehr und Rettungsdienst, was insbesondere personelles Nachsteuern, neue Ausrüstung und entsprechende Haushaltsprioritäten erfordert. Andererseits hat sich vielfach die Erwartungshaltung verändert: Es gehört mittlerweile weit mehr als „nur“ die regelmäßige Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes und das Sauberhalten von Straßen und Plätzen zu einer sicheren Stadt. Kommunale Sicherheitspolitik ist ein vielschichtiges, hochkomplexes Handlungsfeld geworden, dass seit jüngstem auch wieder zunehmend Elemente des Zivilschutzes umfasst.

In den ersten zwei Jahren der Pandemie ist es „normal“ geworden, kurzfristig auf völlig neue ordnungsrechtliche Rahmen zu reagieren. Die Durchsetzung von sich ständig, kurzfristig ändernden Regeln (z.T. mit neuen Rechtsvorschriften nur wenige Stunden vor

deren Inkrafttreten) wurde zur prioritären Aufgabe. Dabei stand und steht immer noch nicht zwingend die repressive Durchsetzung von Regeln im Fokus, sondern oftmals – gerade in den ersten Tagen nach Einführung neuer Regeln – die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, Gewerbetreibenden und Vereinen. Was gilt aktuell in welcher Sparte im Einzelhandel? Darf meine Tauffeier im Familienkreis noch stattfinden? Was gilt für ein Kreisligaspiel im Außenbereich am Wochenende? Vielfach wurde nicht die Funktion der „Ordnungshüter*innen“ benötigt, sondern vielmehr die der „pragmatischen Lots*innen“ durch eine unübersichtliche und oftmals viel zu praxisferne Regelwelt. Auch in Zukunft wird es oft gelten, Regeln sachgerecht vor Ort zu interpretieren und innerhalb kurzer Zeit sprachfähig zu sein.

Gleichzeitig sank in den letzten Jahren spürbar die Akzeptanz für notwendige Regularien (insbes. beim Infektionsschutz). Regelmäßige Demonstrationen von Corona-Leugnern und damit verbundene Konflikte in der ordnungsrechtlichen Durchsetzung prägten diese Zeit. Nicht zuletzt steigen aufgrund dieser Entwicklung auch die Übergriffe auf städtische Beschäftigte – eine Entwicklung, die nicht akzeptiert werden kann. Mehr gemischte Streifen mit Polizeikräften, neue Aus- und Fortbildungskonzepte für Außendienstkräfte und eine zeitgemäße Ausstattung z.B. mit stichsicheren Westen, Einsatzmehrzweckstock und Bodycams sind die Folge.

Spürbar zugenommen hat auch die Nutzung des öffentlichen Raumes. Während der vergangenen Pandemiesommer wurden – auch mangels Alternativen – oftmals Plätze, Parks, Flussufer etc. zu viel frequentierten neuen Orten urbanen Lebens. Der Trend ist ungebrochen und schafft einen weiteren neuen Handlungsschwerpunkt. Was vielfach friedlich und entspannt verläuft, führt dennoch gelegentlich zu großen Ansammlungen mit Lärm, Müll und

anderen Störungen. Die regelmäßige Präsenz an diesen „Hotspots“ steht ebenfalls weit oben auf den Prioritätenlisten. Gute Erfahrungen haben wir in Bochum etwa damit gemacht, zunächst an Vernunft und Gemeinsinn zu appellieren und erst im zweiten Schritt repressiv einzuschreiten. So beraten beispielsweise sogenannte „Grillscouts“ als Ansprechpersonen ohne hoheitliche Befugnisse in besonders beliebten Grünanlagen zu den Grillregeln und helfen, kritische Situationen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Ebenso versuchen wir z.B. mit Aktionstagen zu mehr Verkehrssicherheit zunächst dem Phänomen des steigenden Konkurrenzdrucks im Straßenverkehr im Zuge der Mobilitätswende präventiv zu begegnen. Letztlich hilft oft ein Perspektivwechsel um zu verstehen, dass auch „nur eine Minute“ Parken auf dem Geh- oder Radweg bereits zu viel ist.

Völlig neue Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit in unseren Kommunen ergeben sich aufgrund der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Innerhalb von wenigen Tagen im Februar dieses Jahres haben Themen eine Renaissance erfahren, die 30 Jahre lang als überholt gegolten haben. Die Belange des Zivilschutzes – von Schutzbauten bis hin zur Notversorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Treibstoff – wurden in den letzten Jahrzehnten massiv vernachlässigt und auch nicht mehr durch den Bund finanziert. Heute aber sind diese Themen schlagartig wieder aktuell und erfahren auch eine erhebliche öffentliche Sensibilität. Es bedarf nun einer gemeinsamen Kraftanstrengung einerseits und auch erheblicher Unterstützung des Bundes und der Länder um die Strukturen des Bevölkerungsschutzes in den Kom-

munen kurzfristig massiv zu stärken. Ziel muss eine flächendeckende Katastrophenschutzbedarfsplanung sein, die das ganze Spektrum von der Bevölkerungswarnung, der Selbsthilfefähigkeit, über die Notfallversorgung bis hin zu einer schlagkräftigen Cybersicherheitsstrategie umfasst. Und bei alledem kommt es wesentlich darauf an, die unverzichtbaren ehrenamtlichen Strukturen frühzeitig miteinzubinden, ohne die die Lagen der Zukunft kaum zu bewältigen sind.

Die vergangenen Krisenjahre haben bereits einen Vorgeschmack gegeben, vor welchen Herausforderungen wir alle stehen. Leistungsfähige Städte und Gemeinden haben diese längst angenommen und beweisen jeden Tag die Handlungsfähigkeit des Staates, die Probleme der Bürgerinnen und Bürger pragmatisch vor Ort zu lösen. Die Herausforderung liegt nunmehr darin, dass Bund, Länder und Kommunen den Bevölkerungsschutz gemeinsam und auf Augenhöhe fortentwickeln. Dazu gehört dann auch eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen um diese Aufgabe neben bereits beschriebenen Herausforderungen zusätzlich zu bewältigen.

Fachwissen für die kommunale Praxis



Handbuch Digitale Teilhabe und Barrierefreiheit

49,00 €, ISBN 978-3-8293-1662-0

Handbuch Berufsbild Bürgermeister

49,90 €, ISBN 978-3-8293-1688-0

Handbuch Digitale Verwaltung

79,00 €, ISBN 978-3-8293-1685-9



ZEIT, DASS SICH WAS DREHT!

EUROPA SOLL BIS 2050 ABFALLFREI SEIN

Zirkuläre Wertschöpfung, Kreislaufwirtschaft, Circular Economy – Begriffe die oft zusammen mit dem Hinweis gebraucht werden, dass sich unsere gesamte Wirtschaft in Europa ändern wird. In den deutschen Städten und Kreisen wird seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Abfallpolitik betrieben. Verpackt Europa neuen Wein in alte Schläuche, oder handelt es sich hier um etwas anderes?



Gabi Schock

Vorsitzende des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE

Während sich die Abfallwirtschaft selbstverständlich mit den Abfällen beschäftigt, hat die Circular Economy die Produkte und deren Verwendung bis hin zur Wiederverwendung im Visier. Denn sowohl das EU-Parlament als auch die EU-Kommission haben beschlossen, dass Europa bis 2050 abfallfrei sein soll! Alle Produkte, die in Europa dann produziert bzw. importiert werden, sollen wiederverwendbar, reparierbar, langlebig und stofflich verwertbar sein. Schaut man sich in der eigenen Wohnung um, dann weiß man, wie viele Produkte zukünftig nicht mehr produziert werden sollen. Dieses anspruchsvolle Ziel hat unterschiedliche Gründe: Europa ist rohstoffarm und möchte nicht weiter so abhängig von (diktatorischen) Regierungen sein. Auch sind Rohstoffabbau und Produktion verantwortlich für hohe Treibhausgasemissionen und den Verlust an biologischer Vielfalt. Zusammen mit dem Wachstum der Weltbevölkerung ist dies bedrohlich und so soll der Rohstoffeinsatz bis 2030 halbiert werden.

Mit der Kreislaufwirtschaft sollen viele Arbeitsplätze – beispielsweise im Bereich der Reparatur – entstehen, wenn sie auf der anderen Seite bei der Produktion wegfallen. Hiervon versprechen sich viele Staaten große Wirtschaftsimpulse. Derzeit führend in diesem Bereich sind die skandinavischen und Benelux-Staaten. Betroffen ist somit die gesamte Wirtschaft. Produkte müssen neu entwickelt, bisherige Wertschöpfungsketten verändert und neue Geschäftsmodelle erdacht werden.

Aber auch unser Verbraucherverhalten sollte und wird sich „zwangsläufig“ ändern: Wir werden bald noch mehr Produkte mieten oder leasen statt kaufen. Wir werden Produkte reparieren (lassen), mehr Dinge wiederverwenden und teilen. Beispiele hierzu sind Second-Hand Plattformen für die Wiederverwendung oder Bibliotheken zum Teilen.

Europa sieht daher die Kommunen als Treiber der Kreislaufwirtschaft. Denn sie sind die Garanten der Daseinsvorsorge und werden weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen die notwendige technische Infrastruktur bereitstellen – das geht gar nicht anders.

„Es werden sich die Ansprüche an die bereitzustellende Infrastruktur grundlegend ändern.“

Somit muss das Ziel für uns Kommunalpolitikerinnen und -politiker sein, diesen Transformationsprozess, der durch die Kreislaufwirtschaft entsteht, durch Netzwerke mit unterschiedlichen VertreterInnen aus der Wissenschaft, Handel, produzierendem Gewerbe und Industrie, Verbänden Startup-Unternehmen, der Bürgerschaft, etc., zu begleiten und damit aktiv zu gestalten.

Es werden sich die Ansprüche an die bereitzustellende Infrastruktur grundlegend ändern. Daher werden neue Kooperationen mit Unternehmen und regionalen Partnern ein wichtiger Baustein für den Erhalt der Lebensqualität vor Ort darstellen.

Darauf müssen sich auch die kommunalen Abfallwirtschaftsunternehmen einstellen. Denn die Zusammensetzung der Abfälle und die Menge wird sich zunehmend ändern. Je nach politischer Entscheidungsgeschwindigkeit schneller oder eben etwas langsamer. Bereits 2016 verkündete die EU-Kommission eine Richtlinie, in der sie vor weiteren Investitionen in Müllverbrennungsanlagen warnte. Somit war und ist es insbesondere für Kommunen mit kommunalen Müllverbrennungsanlagen existentiell, das Thema Kreislaufwirtschaft auf die Tagesordnung zu setzen – falls noch nicht geschehen.

Aber warum suchen afrikanische Städte den Austausch mit deutschen Städten in der Kreislaufwirtschaft? In keinem Staat der Erde sind die Kommunen so unabhängig von den Nationalregierungen und -parlamenten wie in Deutschland. Afrikanische Staaten mit korrupten Regierungen sehnen sich nach dieser Eigenständigkeit.

Die derzeit existierende EU-Abfallwirtschaft mit aufwändiger Logistik und teuren Verwertungs- und Entsorgungsanlagen ist für sie nicht realisierbar. Die Kreislaufwirtschaft hingegen, hat den Charme der

Produzentenverantwortung, der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie ökologische und gesundheitliche Vorteile gegenüber der bisherigen Abfallwirtschaft. So möchte sie, analog der Entwicklung beim mobilen gegenüber Festnetz-Telefon, gleich in eine höhere Entwicklungsstufe, der Kreislaufwirtschaft, einsteigen.

UTOPIE 2047: WAS HABEN WIR IN DEN VERGANGENEN 25 JAHREN GESCHAFFT?

In der Schule lernen wir Gegenstände zu reparieren bzw. anderweitig zu nutzen. Zum „Shoppen“ gehen wir in Secondhandläden, Designerboutiquen mit aufbereiteten Waren und beim täglichen Einkauf können wir mit Hilfe eines Codes erkennen, wie das Produkt zusammengesetzt ist, wo ich Ersatzteile herbekomme und wie es repariert werden kann. Wertstoffe können an den Mobilstationen, Schulen, im Unternehmen, in öffentlichen Einrichtungen abgegeben werden und alle Produkte sind schadstofffrei. Damit geht es der Natur besser und wir leben gesünder.



Biologische Reststoffe und CO₂ dienen als Basis für neue chemische Produkte, wie z.B. aus dem Abwasser der Molkereien schon heute T-Shirts hergestellt werden können. Die Abwärme aus der Industrie, den Rechenzentren und aus der Abwasserentsorgung wird in Nahwärmenetze eingespeist. Da die Kohlekraftwerke stillgelegt wurden, gibt es keinen Rigips mehr. Anfallende Bauabfälle in den ehemaligen Bauschuttdeponien werden recycelt und der umweltschädliche Rohstoffabbau wird dadurch eingeschränkt. Die brachliegenden und mindergenutzten Flächen und Gebäude werden zu neuen Industrieparks sowie energieeffizienten und barrierearmen Wohnungen weiterentwickelt.

Mit der Kreislaufwirtschaft konnten wir die Klimaschutzziele erreichen und die kommunalen und regionalen Kreislaufwirtschaftspläne, die in 2022 erarbeitet wurden, haben einen Strukturwandel in der heimischen Wirtschaft ausgelöst und viele Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen. In den vergangenen 25 Jahren hat sich in den Städten und Gemeinden einiges zum Positiven gedreht!

Foto: Stefan Schwehofer - Pixabay

ANZEIGE

 PANATTONI

INTERNATIONAL VISION.
LOCAL FOCUS.

Unsere Lösungen:
denken langfristig

Als vertrauenswürdiger Entwickler für Industrie- und Logistikimmobilien bereiten wir den Weg in eine nachhaltigere Zukunft.



1986
gegründet

80%
Brownfield Revitalisierungen

5
Niederlassungen
in Deutschland

2,4 Mio. m²
geschaffene Nutzfläche für
Industrie, Handel und Gewerbe

STÄDTISCHE KRISEKOMMUNIKATION GEWINNT AN BEDEUTUNG



Hermann Meyersick

Geschäftsführer der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH

Internationale und nationale Krisen verlangen uns nicht nur im globalen Denken, sondern auch im Alltag viel ab. Dabei wachsen die Herausforderungen, eine Gesellschaft krisenfest zu stabilisieren, weiter – vor allem auf kommunaler Ebene. Digitale Masseninformati­onsfluten, „Echo-Kammern“ und „Fake News“ beispielsweise erschweren es den Kommunen immer mehr, ihre Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Das lokale Krisenmanagement im urbanen Raum braucht deshalb flexiblere, standortspezifischere und öffentlichere Kommunikationswege, um die Bevölkerung möglichst barriere- und diskriminierungsfrei über Krisen zu informieren und vor möglichen Gefahren zu warnen.

Die digitalen Stadtinfor­mationsanlagen von Ströer unterstützen als „One-to-Many“-Medium die Kommunen bei der Informationsaufbereitung, -selektion und -verbreitung. Als führender deutscher Anbieter von Kommunikationsmedien im öffentlichen Raum verfügt das Unternehmen bereits über etablierte digitale Infrastrukturlösungen, die in der städtischen Kommunikation aktiv genutzt werden können.

Mit dem digitalen Screen-Netzwerk ermöglichen wir unseren städtischen Partnerinnen und Partnern, wichtigen, sozialen und kulturellen Themen Sichtbarkeit und Gehör zu verschaffen. Gerade in Krisensituationen kommt es dabei besonders darauf an, möglichst viele Menschen möglichst schnell zu erreichen. Wir setzen in diesem Punkt vor allem auf Transparenz, deutlich erkennbare Quellen und damit Vertrauenswürdigkeit. Durch die digitale Auspielung können die Informations- und Warnmeldungen außerdem zielgruppenspezifisch und in Echtzeit verbreitet werden.

Als offizieller Warnmultiplikator des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sind auch die digitalen Außenwerbemedien von Ströer an das Modulare Warnsystem (MoWas) angebunden. Zusätzlich arbeitet wir erfolgreich mit zahlreichen

Krisenstäben, z. B. den Feuerwehrleitstellen der Städte, Gemeinden und Krisen zusammen. Über einen von Ströer individuell bereitgestellten Editor-Zugriff können die Netzwerkpartner so nicht nur die stark priorisierten Warnmeldungen der Stufe eins des BBKs, sondern auch lokal relevante Meldungen der Stufen zwei und drei auf den Screens ausspielen – und das in Echtzeit.

Darüber hinaus wird die Sicherheitskommunikation über Stadtinfor­mationsanlagen in Zukunft durch digital steuerbare Sirenen ergänzt. Dafür hat Ströer bereits einen Prototyp entwickelt und erste Tests in Mainz durchgeführt. Die Sirenen werden direkt auf den digitalen Anlagen von Ströer angebracht und können sowohl durch akustische Signaltöne, als auch mit Durchsagen in natürlicher Sprachwiedergabe in einem gezielten Radius warnen.

Die Stadt-Screens eröffnen somit neue Räume, um Menschen zu erreichen: ob mit Informationen zu aktuellen Themen, Hinweisen auf Kinderrechtssituationen, Aufrufe zu ehrenamtlichen Müll-Sammelaktionen oder mit Unterhaltungsangeboten wie Quiz-Fragen. So werden sie multifunktional und kehren gleichzeitig mehr und mehr zu dem zurück, was sie als Infoscreen eigentlich immer schon waren: Ein Medium für alle – auch im Notfall.

“

Verantwortung endet nicht am Ortsschild. Da fängt sie erst richtig an.

Katja Dörner, Oberbürgermeisterin von Bonn

Die Stadt Bonn engagiert sich etwa durch ihre Klimapartnerschaft mit Cape Coast in Ghana. Die Partnerstädte tauschen sich intensiv zu Abfallmanagement und Umweltbildung aus und ermöglichen so einen besseren Schutz des dortigen Lagunen-Biotops.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Alle 40 | 53113 Bonn www.engagement-global.de

ENGAGEMENT
GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

NAHMOBILITÄT ALS ZENTRALER BAUSTEIN FÜR DIE VERKEHRSWENDE



Verkehrverhalten sowie die Lebens- und Umweltqualität entscheiden. Schlüsselfaktor hierbei: Die Ausgestaltung und Qualität der Verkehrsinfrastruktur.

EXKURS: VERKEHR-, MOBILITÄTS- UND ANTRIEBSWENDE – EINE KURZE DEFINITION

Die Verkehrswende steht im Dreiklang mit der Mobilitäts- und der Antriebswende. Während es bei der Mobilitätswende darum geht, unnötige Wege zu vermeiden, stellt die Antriebswende die Umstellung von konventionellen, fossilen auf regenerative, alternative Antriebsstoffe in den Fokus. Die Verkehrswende selbst steht für die Substitution von Autofahrten durch den Öffentlichen Nah- und Fernverkehr, das Fahrrad oder zu Fuß.

HEMNISSE FÜR DIE TRANSFORMATION DER STRASSE

Allen positiven Aspekten der Nahmobilität zum Trotz bestimmt der Kfz-Verkehr bundesweit mit etwa 49 Millionen Pkw und ca. 60 Millionen motorisierten Kraftfahrzeugen nach wie vor das Gesicht unserer Städte und Gemeinden. Für den Fuß- und Radverkehr, bleiben oft nur „Restflächen“ des öffentlichen Raums, die zudem nur in den wenigsten Fällen die Anforderungen an Dimensionierung, Sicherheit und Komfort adäquat erfüllen. Die Folgen – Staus, Lärm, Luftverschmutzung, Unfälle etc. – sind insbesondere in den Groß- und Mittelstädten täglich wahrnehmbar.

Die Gründe sind vielfältig. Neben eingefahrenen Verhaltensmustern seitens der Verkehrsteilnehmenden, hemmen aufwendige und langwierige Regularien die Transformation unserer Straßen hin zu mehr Bewegungs- und Lebensqualität. Hinzu kommen finanzielle Hürden, welche die Umsetzung einer adäquaten Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur erschweren. So können Fördermittel aufgrund komplizierter Antragsverfahren

Mobilität gehört zu den zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Und es ist keine Leichte, blickt man auf die vielfältigen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger: Das Mobilitätssystem der Zukunft soll für jeden zugänglich und bezahlbar, klimafreundlich und ökologisch sein, die Gesundheit fördern und eine hohe Lebensqualität ermöglichen. Leichtigkeit, Flexibilität und Spielraum für individuelle Bedürfnisse sollte es widerspiegeln. Erschwerend hinzu kommen die aktuellen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, der Pandemie und des fortschreitenden Klimawandels. Tankrabatte und Neun-Euro-Tickets sind allenfalls eine kurzfristige Lösung für einen kleinen Teil des Problems. Um den genannten Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir unser Verkehrssystem langfristig für zukünftige Anforderungen fit machen. Der Ausbau der Nahmobilität spielt hierbei eine entscheidende Rolle.



Christine Fuchs

Vorstand der AGFS NRW

NAHMOBILITÄT IST BASISMOBILITÄT

Die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS NRW) definiert Nahmobilität als aktive „selbstmobile“ und muskelbasierte Fortbewegung zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Pedelec oder anderen bewegungsaktivierenden Fortbewegungsmitteln. Es spricht viel dafür, sie als Basismobilität und damit als zentralen Baustein der Verkehrswende zu betrachten. Denn keine technische Innovation vermag die oben genannten Anforderungen so ganzheitlich zu erfüllen.

Singuläre Lösungsansätze bezogen auf eine Verkehrsart reichen nicht aus, um den heutigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Nicht die Antriebsformen, nicht die Digitalisierung, nicht die Automatisierung und auch nicht eine Verkehrsart allein prägen die Mobilität der Zukunft entscheidend. Vielmehr sind es grundsätzliche infrastrukturelle Bedingungen einer integrierten Stadt- und Verkehrsplanung, die über Verkehrsmittelwahl,

NAHMOBILITÄT

häufig nicht oder nicht umfassend aktiviert werden. Von fehlendem Fachpersonal in den Städten und Gemeinden ganz zu schweigen.

WIE VIEL LEBENSQUALITÄT BRAUCHT DIE STADT?

Räume für Grün sowie das entspannte Verweilen, Flanieren, Spielen und Kommunizieren sind in Zeiten einer intensiven Verdichtung der Städte rar geworden. Die Stadt als durchgrünte „Lebens- und Bewegungsraum“, der eine vorwiegend sitzende Gesellschaft mit vielen Möglichkeiten zur körperaktiven, gesundheitsfördernden Nahmobilität anregt, wird schmerzlich vermisst und heiß begehrt.

Die AGFS NRW setzt sich seit fast 30 Jahren für eine Stadt- und Verkehrsplanung ein, die sich am „Maßstab Mensch“ orientiert. Sie betrachtet den Fahrrad- und Fußverkehr neben Bus, Bahn und Auto als eigenständige und gleichwertige Verkehrsarten. Ihr Ziel: Eine bewegte Kommune, in der die Grenzen zwischen Mobilität und Sport fließend sind.

Um das zu erreichen, braucht es eine großzügig dimensionierte und durchgängige Infrastruktur, die es Radfahrerinnen und Radfahrer und Fußgängerinnen und Fußgänger erlaubt, schnell und komfortabel voranzukommen. Der Platz dafür entsteht insbesondere durch die Verlagerung parkender Autos aus dem öffentlichen Raum zum Beispiel in Quartiersgaragen. Im ländlichen Raum bieten E-Bikes und Pedelecs neue Möglichkeiten als Zubringer zum ÖPNV.

Mehr Fuß- und Radverkehr als zentrale Option entlastet Städte und Gemeinden von übermäßigem Kfz-Verkehr und schafft zugleich wieder Freiräume für die Anteile des motorisierten Verkehrs,



die nicht ersetzbar und für die Wirtschaftsfunktion einer Stadt notwendig sind.

AUFBRUCH FÜR DIE NAHMOBILITÄT

Nahmobilität ist mehr als Fuß- und Radverkehr. Sie ist der Schlüssel zu einer lebenswerten Stadt. Auch und besonders in Zeiten von Ölknappheit, Klimawandel und einer weltweiten Pandemie. Mit dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (FaNaG), das im Januar 2022 in Kraft getreten ist, hat auch das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) diese Bedeutung hervorgehoben und ein politisches Statement für die Nahmobilität und die Verkehrswende gesetzt. Die AGFS NRW unterstützt die Kommunen dabei mit zahlreichen Formaten und nimmt als Multiplikatorin eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Gesetzes ein. Unter der Devise „gemeinsam, fokussiert, mutig und ausdauernd“ will das kommunale Netzwerk das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz und damit die Verkehrswende in Nordrhein-Westfalen zum Erfolg führen. Für lebenswerte Städte und Gemeinden in denen Nahmobilität selbstverständlich Basismobilität ist.

Foto: Peter J. Obenaus, Köln

ANZEIGE

KommunalAkademie digital E-Learning für Kommunalpolitiker_innen

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



www.fes.de/kommunalakademie/digital

KOMMUNAL
AKADEMIE
digital

DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFT IST ZIRKULÄR

WARUM DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFT ZIRKULÄR IST- ODER: DAS CIRCULAR VALLEY® IST EINE CHANCE FÜR UNSER LAND



Andreas Mucke

Geschäftsführer
der Circular Valley
Accelerator GmbH
der Circular
Valley® Stiftung

Circular Valley ist ein Ort und eine Initiative. Der Ort ist die erweiterte Rhein-Ruhr-Region, in die mit einem vom Land NRW und der EU geförderten Programm junge Gründerinnen und Gründer aus der ganzen Welt geholt werden. In dem Acceleratorprogramm mit einer Laufzeit von jeweils rund drei Monaten entwickeln die Start-ups ihre Ideen weiter und tauschen sich mit Unternehmen, Wissenschaft und Politik aus. In der dritten Runde sind in diesem Sommer 30 Startups aus 20 Ländern von fünf Kontinenten im Circular Valley aktiv. Und am 18. November werden beim Circular-Valley-Forum in der Historischen Stadthalle Wuppertal mehr als 500 Gäste begrüßt. Dieses Highlight ist ein schöner Beleg für das, was hier in den zurückliegenden eineinhalb Jahren auf die Beine gestellt wurde.

DIE PROZESSE WERDEN BESSER

Wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Start-ups hier in der Region sind, besuchen sie verschiedene Betriebe der Netzwerkpartner. Besonders schön zu beobachten ist, mit welchem Interesse die jungen Menschen aus aller Welt durch die Produktionshallen gehen. Sie schauen sich genau an, wie die Maschinen funktionieren, wie die Produktion läuft, fassen die Materialien an und schauen, was im Abfall landet. Anschließend stellen sie den Verantwortlichen in den Betrieben viele Fragen und geben Hinweise, wie man mehr im Sinne einer zirkulären Wirtschaft arbeiten könnte.

Der entscheidende Punkt: Noch funktioniert unsere Wirtschaft vorrangig linear. Das heißt, wir entnehmen unserem Planeten Ressourcen, verarbeiten diese zu Produkten und Dienstleistungen und entsorgen sie später in Form von Immissionen in Boden, Luft und Wasser. Im Jahr 2020 waren es rund 100 Milliarden Tonnen weltweit – und die Tendenz ist leider steigend.

So können wir nicht weitermachen. Das ist gleichermaßen eine Frage der sozialen Gerechtigkeit wie der des Umwelt- und Klimaschutzes und einer funktionierenden, zukunftsgewandten Ökonomie. Wenn wir Ressourcen weiter verbrauchen, statt sie in Kreislaufsysteme zu führen, werden wir an einen Punkt kommen, an dem Produktion nicht mehr möglich sein wird und Arbeitsplätze verloren gehen. Die aktuellen Krisen machen schmerzhaft deutlich, welche Auswirkungen Ressourcenengpässe nach sich ziehen. Und wir merken auch hier bei uns, dass Ausbeutung des Planeten und Aufheizung der Atmosphäre in unserem unmittelbaren Lebensumfeld immer mehr Probleme mit sich bringen.

Deshalb arbeiten die Start-ups aus dem Circular Valley mit ihren Ideen in allen Bereichen des Produktions- und Produktkreislaufes. Sie entwickeln alternative Ausgangsstoffe beziehungsweise setzen diese ein, entwickeln Produkte aus recycelten oder wiederverwertbaren Materialien, entwickeln energiesparende Prozesse und Apps, mit denen Firmen sich zirkulär und nachhaltig aufstellen können uvm..

Die etablierten Unternehmen, allen voran die Netzwerkpartner des Circular Valley®, wollen und müssen ihre Produktionen von linear auf zirkulär umstellen. Sie sind deshalb offen und dankbar für den Austausch mit den Start-ups aus dem Circular Valley®. Das bringt uns zum zweiten Ziel.

DIE ZUKUNFT WIRD SICHERER

Wenn es hier im Circular Valley in der erweiterten Rhein-Ruhr-Region gelingt, in der Kreislaufwirtschaft eine Vorreiterrolle einzunehmen, dann sichert das auf mehre-

re Weisen Zukunftsfähigkeit und Arbeitsplätze: In den etablierten Unternehmen entstehen dank zirkulärer Prozesse neue, zukunfts-gewandte Aufgaben. Neue und/oder verbesserte Produkte sorgen für sichere Arbeitsplätze, steigende Umsätze und zusätzliche Jobs. Kurz: Wir profitieren alle! Außerdem werden sich Start-ups dank des guten Umfelds, das hier für sie und mit ihnen entwickelt wird, in der Rhein-Ruhr-Region ansiedeln, neue Arbeitsplät-ze schaffen, andere Firmen aus der Kreislaufwirtschaft anzie-hen und so weiter.

Darüber hinaus gibt es noch einen dritten Weg in die Zu-kunft. Wir haben schon mehrfach die erfreuliche Erfahrung gemacht, dass zwischen etablierten und jungen Unterneh-men etwas Neues entsteht. Mal beteiligen sich die Etablier-ten bei den Start-ups und ermöglichen so deren nächsten Schritte, mal verwirklichen sie die Ideen der Start-ups an ihren Standorten.

ANERKENNUNG AUS BERLIN UND DÜSSELDORF

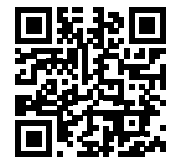
Die Circular Valley® Stiftung gibt es seit dem Frühsommer 2021. Sie wird getragen von namhaften Stiftern wie Vorwerk, der So-ciété Générale, Bayer, Coroplast – aber auch den Wuppertaler Stadtwerken und der Stadtparkasse Wuppertal. Dazu gibt es ein breites und stetig wachsendes Netzwerk an Sponsoren, Förderern und Unterstützern aus Wirtschaft und Gesellschaft, die sich mit großem Engagement aktiv einbringen – und es ist schön zu sehen, was in dieser kurzen Zeit schon entstanden ist. Das zeigt auch die Anerkennung, die wir aus der Bundes- und der NRW-Landes-

hauptstadt erfahren haben. Svenja Schul-ze, unsere Bundesministerin für wirtschaft-liche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat uns besucht, eineinhalb Stunden mit den jungen Unternehmern aus der gan-

„Wenn es hier im Circular Valley in der erweiterten Rhein-Ruhr-Region gelingt, in der Kreislaufwirtschaft eine Vorreiterrolle einzunehmen, dann sichert das auf mehrere Weisen Zukunftsfähigkeit und Arbeitsplätze.“

INFOBOX

Weitere Infor-mationen unter circular-valley.org



zen Welt diskutiert und mit großer Neugier und Freude von deren Ideen gehört. „Wir brauchen die Innovationskraft von Start-ups aus aller Welt, um ressourcenschonen-de Produkte zu entwickeln, die möglichst auch repariert und wiederverwendet wer-den können“, sagte sie bei ihrem Besuch. Ein konkretes Ergebnis ist die enge Zusam-menarbeit mit der GIZ.

WIR SIND DIE LWLSPD-FRAKTION



Folge uns auf

SPD-Fraktion in der Landtagsversammlung Westfalen-Lippe

Bilder zu klein? Größere gibt es auf www.lwlspd.de

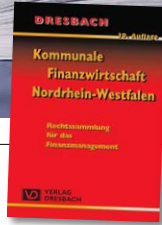
KURZ VORGESTELLT

LESESTOFF FÜR DIE KOMMUNALPOLITISCHE ARBEIT

KOMMUNALE FINANZWIRTSCHAFT IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Von Heinz Dresbach, DRESBACH Verlag, 48. Auflage 2021, 530 Seiten, DIN A4, ISBN: 978-3-9800-6742-3, 55,00 Euro

Die aktuelle 48. Auflage des renommierten Standardwerkes mit großem Nutzwert für alle Entscheidungstragende und Mitarbeitende in den Verwaltungen auf kommunaler Ebene, sowie kommunalwissenschaftlich Lehrende und Studierende. Die neu erschienene Edition des „DRESBACH“ zeigt deutlich, dass sich die Entwicklung des kommunalen Finanzwirtschafts- und Verfassungsrechts NRW trotz und gerade wegen Corona weiter fortgesetzt hat. Das Werk bildet diese lebendige Rechtsentwicklung in Zeiten der Pandemie ab, indem nicht weniger als dreißig der im Werk dokumentierten Regelwerke bedeutende Reformen erfahren haben. Dabei reicht die Innovation von der Modifikation der Gemeindeordnung NRW, der Kreisordnung NRW und der Kommunalhaushaltsverordnung NRW über die Änderung der Kommunalen Vergabegrundsätze NRW bis hin zur Etablierung des NKF-Covid-19-Isolierungsgesetzes NRW. Zusätzlich ist als Exklusivprodukt in Volltextversion das populäre Haushaltsmuster für den „Beteiligungsbericht NRW“ Teil der neuen Edition.



VGV UVGO – VERGABEVERORDNUNG UNTERSCHWELLENVERGABEVERORDNUNG

Dieckmann / Scharf / Wagner-Cardenal,
Verlag C.H.BECK, 3. Auflage 2021, Hardcover (in Leinen),
1310 Seiten, ISBN: 978-3-406-75664-1, 179,00 Euro

Praxisnah und wissenschaftlich werden die Regelungen der VgV kommentiert, welche bei Vergabe öffentlicher Aufträge enorm wichtig ist. Zusätzlich erläutert das Werk anschaulich die für Vergaben unterhalb eines bestimmten Auftragswerts (EU-Schwellenwert) anzuwendenden Vorschriften der Unterschwellenvergabeordnung (UVGO).

Durch die neue Auflage wird das Werk auf den aktuellen Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur gebracht. Die Neuauflage enthält die ergangene Rechtsprechung seit Inkrafttreten der VgV 2016 und unionsrechtliche Vorgaben. Schließlich werden die Erleichterungen für Vergabeverfahren im Zuge der Covid-19-Pandemie behandelt.

Das Werk richtet sich durch die Praxisnähe und klare Sprache sowohl an Juristinnen und Juristen als auch an Nichtjuristinnen und Nichtjuristen, welche Leistungsvergaben nach VgV bzw. UVGO durchführen müssen. Daher richtet sich das Werk an Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung und anderen öffentlichen Auftraggebern, bei Bieterinnen und deren Berater sowie bei Vergabekammern und Vergabeberichten.

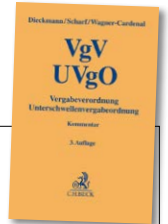


Foto: Hermann Traub - Pixabay

ANZEIGE

CO₂ binden, Klimaschutz ernten.

Science for a better life

Was wäre, wenn wir Satellitendaten und gesunde Ackerböden zusammenführen und so helfen, das Klima zu schützen? Mit dem Bayer Carbon Program ist das möglich. Wir helfen Landwirten dabei, Daten und Methoden zur Bindung von Treibhausgasen im Boden so einzusetzen, dass sie und die Umwelt davon profitieren können. Das ist eine von vielen Möglichkeiten, wie die Landwirtschaft Innovationen nutzt, um eine kohlenstofffreie Zukunft zu erreichen. Für uns gibt es nichts Wertvolleres.

Verstehen, was wichtig wird: [Bayer.com/megatrends](https://www.bayer.com/megatrends)



ANZEIGE

Wolters Kluwer

„Digitalisierung bedeutet für uns, Entlastung für unser Team zu schaffen.“

eGovPraxis

eGovPraxis unterstützt Sachbearbeitende, indem Ihnen praxisorientierte Rechtsinformationen, lokale Regelungen und Arbeitsmittel durch unsere Redaktion zentral und entlang des Arbeitsprozesses bereitgestellt werden. **Digital. Jederzeit. Von überall.**

- Für eine produktive Fall- und Vorgangsbearbeitung
- Für ein praxisorientiertes Rechtswissensmanagement
- Für ein effektives Einarbeiten von neuen Mitarbeitenden
- Für eine Digitalisierung, dort, wo sie gebraucht wird

Jetzt die passende eGovPraxis auswählen & testen:

egovpraxis.de/editionen

Für
Sozialämter,
Jobcenter und
Personalämter
verfügbar

Wir machen das. Gemeinsam.

Wer viel erreichen will, braucht einen starken Partner. Ob Recycling, Bürgerservice, Wasserwirtschaft, Energie oder ÖPNV: REMONDIS unterstützt Kommunen in allen Leistungsfeldern der Daseinsvorsorge. Erweitern Sie Ihre Möglichkeiten. Profitieren Sie von unserer modernen Logistik, fortschrittlichen Anlagen und umfassendem Know-how. Denn gebündelte Stärken sind der beste Weg zu kommunalen Leistungen mit nachhaltigen Qualitäts- und Kostenvorteilen. Sie wollen erfahren, was gemeinsam machbar ist? Anruf genügt!

REMONDIS SE & Co. KG // Brunnenstr. 138 // 44536 Lünen // Deutschland // T +49 2306 106-0 // info@remondis.de // remondis.de



DER GRUNDSTEIN FÜR DAS PROGRAMM STARK 2025 IST GELEGT!



Der frischgewählte Landesvorstand wird bis 2025 im Amt sein. In diese Zeit fallen u.a. die Europawahl 2024, die Kommunalwahl 2025 und mutmaßlich zeitgleich die Bundstagswahl. Deshalb stellt der Vorstand mit dem Programm „STARK 2025“ die Vorbereitung der nächsten Kommunalwahl in den Mittelpunkt. Ziel ist es, mit Hilfe umfassender Bildungs- und Qualifizierungsangebote gezielte Unterstützung bei der Personalentwicklung und der Weiterbildung von kommunalpolitischen Mandats-, Amts- und Funktionsträgerinnen und -trägern anzubieten. Dabei sollen zwei Zielgruppen besonders fokussiert werden: Kommunalpolitikerinnen und junge Menschen. Die SGK NRW verlässt sich dabei nicht allein auf die eigene Kompetenz, sondern bezieht hierfür profunde Kooperationspartner mit ein.

Die Menschen erwarten zu Recht von sozialdemokratischer Kommunalpolitik, dass sie in der Lage ist, die Kommunen lebenswert zu gestalten und gleichzeitig für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Um dieser Erwartung gerecht zu werden, wird die SGK NRW Impulse setzen, Lösungen diskutieren und sehr konkrete Positionierungen erarbeiten, die zu einem wiedererkennbaren Markenzeichen sozialdemokratischer Kommunalpolitik entwickelt werden können.

Die SGK NRW zieht hierfür einen großen Teil ihrer Schlagkraft aus dem hohen Organisationsgrad in NRW. Darum bleibt auch für den neuen Vorstand die Gewinnung neuer Mitglieder und die gute Betreuung der Fraktionen vor Ort ein Anliegen, das mit konkreten Angeboten unterfüttert wird.

Drei Schwerpunkte bilden dafür das Rückgrat:

- Beratung
- Qualifizierung
- Kommunalpolitische Interessenvertretung gegenüber den Gesetzgebern auf Bundes- und Landesebene

Bei der Beratung wird die Geschäftsstelle auch weiterhin der erste Anlaufpunkt für rechtliche und inhaltliche Fragen insbesondere der ehrenamtlich Tätigen in den Fraktionen bleiben.

Gleiches gilt für die Organisation von Weiterbildungsangeboten. Dies ist nicht zuletzt nach Maßgabe des Landes der Dreh- und Angelpunkt des Wirkens der Kommunalpolitischen Vereinigungen insgesamt. Das Angebot wird daher stetig erweitert, modernisiert und digitalisiert, um dem steigenden Bedarf von „Home-Schooling“ gerecht werden zu können. Das neue digitale Format der „Kommunalen Kaffeepause“ ist der jüngste allwöchentliche Beleg dafür.

Um weiterhin im Land legislativ mitgestalten zu können, werden regelmäßig Stellungnahmen zu kommunalpolitisch relevanten Gesetzesvorhaben der Landesregierung abgeben. Aber auch der Bund bekommt weiterhin „sein Fett ab“ und die Anregungen und Bedenken der Kommunalen vorgetragen. Entwickelt werden viele dieser Positionen in den Arbeitsgremien der SGK NRW.

Der Sinnspruch „tue Gutes und rede drüber“ wird dabei nicht vergessen. Darum ist die Kommunikation auf allen Kanälen nötig und wird weiter ausgebaut. Die Kommunale Zeitung ist als zentrales Medium bereits modernisiert worden und wird ergänzt durch die Fachliteratur der SGK-Schriftenreihe.

Die entsprechenden Gremien sowie die Arbeitsstruktur hat der Vorstand im Rahmen seiner Klausurtagung beschlossen. Zusammen mit unseren Partnern in Bund und Land soll das gemeinsame Ziel erreicht werden: STARK 2025!

DER START IST GEMACHT!

KLAUSURTAGUNG DES SGK-LANDESVORSTANDES IN KREFELD



Aktuelle kommunalpolitische Herausforderungen und die Marschroute bis zur Kommunalwahl 2025 standen auf der Klausurtagung des im März neugewählten SGK-Landesvorstandes Mitte August im Vordergrund. Dabei wurden aktuelle Themen wie die derzeitige Energiekrise und die steigende Inflation, die sinkenden finanziellen Spielräume der Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Lehren aus der Landtagswahl diskutiert.

Los ging es nach der Begrüßung durch den SGK-Landesvorsitzenden und Krefelder Oberbürgermeister Frank Meyer mit einer Podiumsdiskussion unter der Überschrift „Zukunft entscheidet sich vor Ort“. Hierbei sollte bewusst „der Blick von außen“ auf die Kommunalpolitik geworfen werden. Dr. Timo Grunden (Uni Duisburg/Essen), Matthias Korfmann (WAZ), Carolin Schröer (Gründerin Public Pioneers) und Klaus Tovar (Parteischule im Willy-Brandt-Haus) sprachen unter Moderation von Landesgeschäftsführer Maik Luhmann unter anderem darüber, was den oder die typische/n Kommunalpolitiker/in ausmacht oder wie wieder mehr Menschen für die Kommunalpolitik begeistert werden können. Bei Fragen der Professionalität der Kommunalpolitik wurden neue Perspektiven deutlich: Sollte immer das professionelle Auftreten im Vordergrund stehen oder sind manchmal auch „Ecken und Kanten“ gefragt? Außerdem ging es um die Frage, wie es der Kommunalpolitik gelingen kann, sich selbst in der Öffentlichkeit zu positionieren und darüber hinaus die eigenen Politikansätze besser zu erklären.

Anschließend berichteten Thomas Kutschaty MdL (Vorsitzender NRWSPD und Landtagsfraktion), Nadja Lüders MdL (Generalsekretärin NRWSPD) und Stefan Kämmerling (Landesgeschäftsführer NRWSPD) über die Aufarbeitungsprozesse nach der Landtagswahl und das zukünftige Vorgehen. Deutlich wurde hierbei, dass bereits Schritte zur Analyse und Optimierung von Abläufen und Strukturen eingeleitet wurden.

Bevor es an die Beratungen des Arbeitsprogrammes „STARK 2025“ ging, stellte Bernhard Daldrup MdB (kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) am Samstagmorgen die bundespolitischen Entwicklungen der vergangenen Monate dar. Dabei ging es vor allem um die allgegenwärtige Energiekrise und die steigenden Preise, die den Menschen große Sorgen bereiten und die für die kommunalpolitische Ebene ganz konkrete Folgen haben. In diesem Zuge war auch die schwierige Lage der Stadtwerke Gegenstand der



Jakob Jansen

Freiwilliger im sozialen Jahr im politischen Leben in der SGK-Geschäftsstelle

Diskussion. SGK-Landesvorsitzender Frank Meyer lobte, dass die SPD-Bundestagsfraktion auch in schwierigen Zeiten an der Seite der Kommunen in NRW stehe.

Abschließend diskutierte der Landesvorstand das Arbeitsprogramm „STARK 2025“, das die vielen verschiedenen Angebote der SGK NRW bis zur Kommunalwahl 2025 enthält und das nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen wurde.

Wir zeigen, was
kommunale Politik
alles kann:

DEMO und DEMO- Kommunalkongress



DEMO

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft

**DIE STARKEN
PARTNER
FÜR KOMMUNEN.**

ASK
Berlin

**DIE AGENTUR
AN Eurer SEITE.**

Kampagne
Text
Design
Podcast
Event
Video
Sponsoring

www.ask-berlin.de

JEDEN FREITAG VON 9:00 - 9:30 UHR

JEDE WOCHE EIN NEUES SPANNENDES UND KURZWEILIGES THEMA



Das wöchentliche Online-Format für alle Mitglieder, jeden Freitag, nur 30 Minuten!

Wir sprechen mit Euch über aktuelle politische Inhalte sowie Tipps und Tricks für die praktische politische Arbeit.

Einfach über diesen QR-Code einwählen:



zoom

Meeting: ID: 920 7951 8319
Kenncode: 008324

Alle Videos und Präsentationen der KOMMUNALEN KAFFEEPAUSE sind im SGK-Intranet abrufbar.

<https://sgk.nrw/intranet>

Foto: Pixels - Pixabay

ANZEIGE



www.zfm-bonn.de

„Wir können, was wir tun!“

DIE EXPERTEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR.
PERSONALSUCHE | PERSONALAUSWAHL | PERSONALENTWICKLUNG

30 zfm
JAHRE

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHT DER KOMMUNALEN AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG IN NRW

Das Bundessozialgericht (BSG) hatte sich bereits im letzten Jahr hinsichtlich der Ortsvorsteher bzw. Bürgermeister als Ehrenbeamte mit den besonderen Voraussetzungen zur Begründung einer Beitragspflicht zur Sozialversicherung beschäftigt. Diese besteht nach Auffassung des BSG nur, wenn sie ihre Tätigkeit als Ehrenbeamte ausüben und als solche in ihrer Tätigkeit Weisungen unterliegen und konkret in Verwaltungsabläufe eingegliedert sind und z.B. Dienstvorgesetzte sind.

Das Sozialgericht Dortmund hatte sich jüngst mit der Frage der Beitragspflicht allgemeiner Aufwandsentschädigungen zu beschäftigen und klargestellt, dass es sich bei den in der GO NRW vorgesehenen pauschalen Aufwandsentschädigungen weder um Einkommen aus einem Beschäftigungsverhältnis, noch aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit handelt und damit die Beitragspflicht grundsätzlich verneint. Einkommen i.S.d. § 15 Abs. 1 SGB IV sei nur dann als sozialversicherungspflichtiges Arbeitseinkommen anzusehen, wenn es als solches nach dem Einkommenssteuerrecht zu bewerten sei. Für die pauschale Aufwandsentschädigung käme hier allenfalls eine Bewertung als Einkommen aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit in Betracht. Prägend für Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit sei regelmäßig die Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr auf eigene Rechnung und Gefahr mit Gewinnerzielungsabsicht. Sie sei geprägt durch das eigene Unternehmerrisiko, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit.

Diese Voraussetzungen, so das Gericht, seien bei einer ehrenamtlichen Ratsmitgliedschaft und einem Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat gerade nicht erfüllt. Insbesondere läge ihr auch keine Gewinnerzielungsabsicht zugrunde, sondern vielmehr ideelle

Zwecke. Ein Mandat werde nicht in der Erwartung einer Gegenleistung angenommen. Die Aufwandsentschädigung komme ihrem Sinn und Zweck nach auch nicht der Sicherung des Lebensunterhaltes zugute, sondern gelte vielmehr pauschal den entstandenen Aufwand ab. Dem könne auch nicht die Höhe einer Aufwandsentschädigung im konkreten Fall entgegenstehen, da es andernfalls für das Vorliegen von „Einkommen aus einer sonstigen selbstständigen Tätigkeit“ auf die Gemeindegröße und ggf. die konkrete Position (z.B. als stellvertretender Bürgermeister oder Fraktionsvorsitzender) ankommen würde. Dies stelle aber einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar. Im Ergebnis verneint das Sozialgericht Dortmund somit eine Sozialversicherungspflicht für die allgemeine Aufwandsentschädigung nach der GO NRW.



Foto: SGK NRW

IMPRESSUM

DIE KOMMUNALE

Das Magazin für Kommunalpolitik

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)

Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0

Fax: 0211-876747-27

info@sgk-nrw.de

www.diekommunale.de

Facebook: facebook.com/SGKNRW

Verantwortlich (auch für Anzeigen):

Maik Luhmann,

Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:

SGK NRW, Postfach 20 07 04,

40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

ANZEIGE



Wir packen Herausforderungen an.

Organisiert. Engagiert. Nachhaltig.

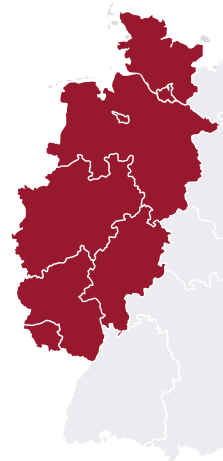
Der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. (vero) vertritt die Interessen von rund 700 Unternehmen und Gesellschaften aus allen Zweigen der Baustoff- und Rohstoffindustrie. In über 1.000 Betrieben produzieren unsere Mitgliedsunternehmen Kies, Sand und Naturstein, Quarz, Naturwerksteine, Transportbeton, Asphalt, Betonbauteile, Werkmörtel und Recyclingbaustoffe. Durch zielorientiertes Handeln schaffen wir die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Bau- und Rohstoffbranche.

www.vero-baustoffe.de

www.rohstoffzukunft.de

 **rohstoffzukunft**
gemeinsam mit vero

 **vero**
der baustoffverband



Den Menschen in NRW mehr Sicherheit geben

Corona-Pandemie, Inflation und jetzt auch noch die Energiekrise drohen für viele Menschen zu einer finanziellen Belastungsprobe zu werden. Und mehr noch: Geringverdienende, Alleinerziehende, ältere Menschen mit einer kleinen Rente und auch Studierende leben am Rande des Existenzminimums – wenn nicht gar darunter.

Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass mindestens ein Drittel aller Haushalte die steigenden Energiekosten vor große Probleme stellen wird. Wohnungen drohen im Winter kalt zu bleiben, weil Menschen sich die Nebenkosten nicht mehr leisten können.

Die Bundesregierung hat schon 30 Milliarden Euro zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in die Hand genommen. Von der Landesregierung unter Ministerpräsident Hendrik Wüst ist in diesen herausfordernden Zeiten nichts zu hören. Die Menschen brauchen jetzt aber dringend mehr Sicherheit und ein soziales Netz, das sie auffängt.

Unsere Ideen für mehr Unterstützung – jetzt!

PAKT ZUM MIETPREIS-STOPP



Wir fordern, dass gemeinsam mit den großen Wohnungskonzernen und -verbänden ein Verzicht auf Mietpreiserhöhungen bis 2025 vereinbart wird.

KITA-GEBÜHREN UMGEHEND ABSCHAFFEN



Wir wollen die Gebühren für Kindertagesstätten und den Offenen Ganztags sofort abschaffen. Nichts würde den Familien zurzeit mehr und direkter helfen.

GÜNSTIGES ÖPNV-TICKET FORTSETZEN



Mobilität darf keine Belastung werden. Mit der Fortführung des 9-Euro-Tickets in einer ähnlich günstigen Form wäre nicht zuletzt den Pendlerinnen und Pendlern enorm geholfen.

ENERGIEGUTSCHEINE FÜR MENSCHEN MIT KLEINEN EINKOMMEN



Wir wollen insbesondere Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten dabei unterstützen, die Energiekrise zu stemmen. Gutscheine können eine sinnvolle Entlastung bieten.



THOMAS KUTSCHATY

Fraktionsvorsitzender

„Hendrik Wüst darf nicht immer nur nach Berlin zeigen.“

Weitere Infos unter:

www.spd-fraktion-nrw.de